

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	BP "Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949" der Gemeinde Kloster Lehnin, Ortsteil Rietz, LK PM
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Kirsten Genselin W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) 033201 442-441 Kirsten.Genselin@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Der Geltungsbereich des Plans hat sich gegenüber den Unterlagen mit Schreiben vom 18.10.2022 geändert.</p> <p>Es werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen</p> <p>Die <u>Teilfläche SO1</u> grenzt in Nordosten an einen Graben, ein Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p> <p>Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).</p> <p>Die <u>Teilfläche SO1</u> ist von einem HQ extrem Gebiet der Hochwasserrisikomanagementplanung betroffen. Die Hinweise zum Hochwasserschutz, zu Baumaßnahmen des LfU u. zum Hochwasserrisikomanagement in der Stellungnahme vom 17.11.2022 gelten entsprechend.</p> <p>In den <u>Teilflächen SO 2 u. SO3</u> sind die wasserwirtschaftlichen Belange betreffend nicht berührt.</p> <p>Die <u>Teilfläche SO4</u> grenzt im Westen an ein Standgewässer. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p> <p>Redaktioneller Hinweis</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Textpassagen in der Begründung zum B-Plan bezogen auf die</p>	

Gesetzesgrundlagen nicht korrekt sind (siehe Begründung Seite 31, Punkt 233).

Um Anpassungen wie folgend stehend wird gebeten:

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans, genauer die Teilfläche I nördlich der Kreisstraße 6949, ist kleinflächig durch ein Hochwasserrisikogebiet (HQ100, HQ extrem) entsprechend **§ 73 Abs. 1 Satz 1 WHG** betroffen. Bei Bauvorhaben in Risikogebieten gelten die Maßgaben nach **§ 78b WHG**.

Kirsten Genselin

Dieses Dokument wurde am 09.01.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.